

PRESSEMITTEILUNG

Hamburg, 26.4.2016

Bürgerbegehren gegen Großunterkünfte für Flüchtlinge: CDU fordert Dialog nach Einreichung der Unterschriften

Gestern sind auch im Bezirk Hamburg-Nord die für eine Sperrwirkung des bezirklichen Bürgerbegehrens erforderlichen Unterschriften eingereicht worden. Das Bürgerbegehren war vom Bezirksamt bereits zuvor für unzulässig erklärt worden. Gegen diese Entscheidung war von der Initiative Widerspruch eingelegt worden.

Hierzu erklärt **Dr. Andreas Schott, Fraktionsvorsitzender der CDU-Bezirksfraktion Hamburg-Nord**:

„Dass die Volksinitiative wiederum in kurzer Zeit eine Vielzahl von Unterschriften sammeln konnte, zeigt mit welcher großen Sorge in der Bevölkerung die Planung integrationsfeindlicher Großunterkünfte durch den Senat gesehen wird. Der Senat sollte umgehend in einen konstruktiven Dialog mit Politik und Volksinitiative eintreten und den Weg juristischer Tricks verlassen.“

Stefan Baumann, Fachsprecher für Integration der CDU- Bezirksfraktion Hamburg-Nord dazu: „In den geplanten Großunterkünften kann Integration natürlich nicht gelingen. Das haben inzwischen sogar die Grünen, jedenfalls im Bezirk Harburg verstanden und zutreffend festgestellt, dass es sehr wohl Alternativen zu Großsiedlungen gibt! Auch angesichts der derzeit gesunkenen Flüchtlingszahlen sollten diese Alternativen wirklich betrachtet werden!“

Für Rückfragen:

Dr. Andreas Schott: 0173/643 8064